

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Abgabepreis: Durch unsere Boten  
teil im Jahre monatlich 20.00 Mark.  
Abstellungen nehmen die Ausleger  
und für Anzeigen die Poststellen  
einlegen. — Erhalten werthigste  
Fernsprech-Anschluß Nr. 53.  
Telegramme: Tageblatt Erzgebirge.

Anzeigerpreis für die Abgabeposten  
Partielle für Anzeigen aus Aus und  
Umgebung 2.00 Mark, auswärtige  
Anzeigen 2.50 Mark, Restante-Parti-  
elle 25.00 Mark. Bei größeren Ab-  
nahmen entsprechender Rabatt.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1400

Nr. 201

Dienstag, den 29. August 1922

17. Jahrgang

### Das Wichtigste vom Tage.

**Mitteil der ober-schlesischen Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Mehrheitssozialisten, fordern ihre Anhänger auf, am 3. September für das Verbleiben Oberschlesiens bei Preußen zu stimmen.**

**Die Mitglieder der Reparationskommission, nämlich die Delegierten und stellvertretenden Delegierten von Frankreich, Belgien, England und Italien haben gestern nachmittag ihre offiziellen Besprechungen wieder aufgenommen.**

**England erklärt, daß es gegen eine österreichisch-italienische Wirtschaftsunion nichts einzuwenden habe.**

**Die Nachricht vom Tode Enver Paschas wird nunmehr auch amtlich dementiert.**

**Der Dollar stand heute vormittag in Berlin vorläufig auf 1400.**

### Das Stadium der Sachlichkeit.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die Einladung der Reparationskommission an die deutsche Regierung, bevollmächtigte Vertreter nach Paris zu entsenden, die den deutschen Standpunkt in der Frage des Moratoriums darlegen, läßt die Hoffnung aufkeimen, daß sich die politische Atmosphäre etwas verzogen hat und das ganze Problem der Reparationen in das Stadium der Sachlichkeit hinübergeleitet worden ist. Offenbar sollen die Verhandlungen am Mittwoch in Paris in erster Linie um die Frage des Moratoriums an sich gehen. Natürlich werden auch die deutschen Gegenvorschläge erörtert werden. Es ist sehr wohl möglich, daß Forderungen kommen, die über unsere Zugeständnisse hinausgehen. Man erfährt ja jetzt einiges aus der fremden Presse über den Verlauf der Berliner Verhandlungen. Danach ist es tatsächlich so gewesen, daß die französische Regierung Maucelere anwies, das deutsche Anerbieten, 50 Millionen Goldmark ins besetzte Gebiet zu überführen, zurückzuweisen. Erst als dann der englische Vertreter den zweiten Vorschlag, die Holz- und Kohlenlieferungen durch Vereinbarungen mit der deutschen Großindustrie vertragsmäßig sicherzustellen, für sehr zweckmäßig erklärte, konnte Maucelere, ohne seinen Reisebegleiter schwer zu bräutieren, nicht Nein sagen. Die Pariser Boulevardpresse möchte freilich Poincare dieses Nein noch nachträglich oktroyieren.

In der Sonntagssitzung der Reparationskommission aber hat man sich nicht an das verantwortungslose Geschrei der Pariser Journaille gehalten. Der Augenschein hat die Abgeordneten der Entente offenbar doch eines anderen überzeugt. Wenn Poincare hundertmal erklärt, Deutschland könne zahlen, wenn es nur wolle, so stumpfen solche Versicherungen durch Wiederholungen besonders dann ab, wenn sich Politiker noch einen freien Blick für die Tatsachen bewahrt haben. Es ist überaus bezeichnend, daß der Berliner Vertreter der Times aus der Umgebung Sir John Bradburys zu berichten weiß, daß sowohl der englische wie der französische Delegierte über den wahren Zustand Deutschlands einfach erschrocken gewesen seien. Beide seien sich darin einig, daß die Verwirklichung der Forderungen des französischen Ministerpräsidenten die Gefahr von politischen und sozialen Revolutionen heraufbeschwören müsse. Offenbar haben diese persönlichen Eindrücke in der Reparationskommission die Hauptrolle gespielt. Nimmt man hinzu, daß an der Beratung der Reparationskommission halbamtlich auch ein Vertreter Amerikas teilgenommen hat, so verstärkt sich der Eindruck und die Hoffnung, daß sich die neuen Verhandlungen im großen und ganzen auf dem Boden der Sachlichkeit bewegen werden. Gleichwohl wird der deutsche Vertreter Staatssekretär Schröder keinen leichten Stand haben. Neben ihm soll inoffiziell noch Staatssekretär a. D. Bergmann nach Paris fahren. Ob die Kommission bereits am Mittwoch ihre Entscheidungen fällen kann, dürfte von dem glatten Verlauf der letzten Verhandlungen abhängen.

Die neuen Nachrichten aus Paris haben einen Rückschlag für den Dollar um fast 1000 Mark gebracht. Es ist zu hoffen, daß diese Bewegung sich fortsetzt, denn selbst mit 1000 Mark ist die deutsche Mark noch viel zu stark unterbewertet. Allerdings beträgt der Einfuhrüberschuß im Juli wieder 10 Milliarden Mark, und der Geldumlauf hat sich abermals um 10 Milliarden Banknoten gesteigert. Dennoch steht die deutsche Wirtschaft in ungebrochener Kraft da. Das darf man doch bei den

Vergleichen mit Polen, Desterreich oder gar Rußland nicht übersehen. Es ist nur zu wünschen und zu hoffen, daß es der deutschen Regierung jetzt gelingt, bei den Magnaten gegen die Wirtschaftsnote alles gesunde spekulative Treiben auszuschleiden. Es ist kein Zweifel, daß der Beruhigungsprozeß durch eine aktive Regierung mit geschickten Mitteln wirksam gefördert werden kann. Das ist auch darum notwendig, weil der Preisstandard in Deutschland noch nicht stabil werden kann, wenn es nicht gelingt, den Dollar weit unter 1000 herunterzubringen. Gelingt dies, dann müssen die beherrschenden Organe allerdings mit größtem Nachdruck und geschärfter Aufmerksamkeit darauf bedacht sein, daß dann die Preise auch wieder abebben, die man recht vorzeitig mit der Dollarentwicklung nach oben herausgesetzt hat.

Nicht unerheblich wird die weltpolitische Beurteilung der gegenwärtigen Situation und ihrer neuen Wendung beeinflusst durch die Zeichen wachsenden Interesses bei amerikanischen Politikern. Die Unterredung, die der Senator Cox einem Vertreter des Reutersbüros gewährt hat, ist freilich etwas reichlich optimistisch. Sieht doch Cox bereits den verdienten amerikanischen Ernährungsminister Hoover als Schlichter in der Reparationskommission sitzen. In er geht ja weit, daß er schon die Zustimmung Frankreichs zu einer Schlichterrolle Hoovers in Aussicht stellen zu können glaubt. Es ist nicht anzunehmen, daß Cox in direktem Auftrage Hardings handelt. Cox war bei der letzten Präsidentenwahl der demokratische Gegenkandidat von Harding. Es ist in Amerika nicht üblich, daß der Präsident den Führer der oppositionellen Partei mit einer wichtigen politischen Mission betraut. Offenbar aber fühlt Cox heraus, daß der Gedanke eines amerikanischen Eingreifens in das europäische Chaos volksmäßig werden könnte. Er greift darum den Gedanken auf, und es fragt sich jetzt nur, ob Harding ihm hier den Rang durch Taten abzulaufen sucht, oder ob er an Amerikas Zurückhaltung festhält.

### Scharfe Wirtschaftsmaßnahmen der Reichsregierung.

#### Beschränkung der Luxuseinfuhr. — Sicherstellung der Volksernährung. — Gefängnisstrafen bei Uebertretung der Verbote.

Amlich wird mitgeteilt: Sonnabend vormittag fand unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten ein Ministerrat statt, an dem alle Reichsminister bzw. in ihrer Vertretung die Staatssekretäre teilnahmen; auch ein Vertreter der preussischen Staatsregierung wohnte der Sitzung bei. Gegenstand der Beratung war

#### die innere Lage des Reiches,

namentlich die durch die Geldentwertung der letzten Wochen verursachte Teuerung und die darauf für das Reich und die Bevölkerung für den kommenden Winter drohenden Schwierigkeiten. Zur Einleitung der Besprechung berichtete der Reichskanzler über die Chefbesprechung am Freitag, in der diese Gegenstände bereits behandelt worden waren und regte an, daß bis zu der auf Montag, den 28. August anderamtigen Verhandlung der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten und Innenministern der Länder die hauptsächlich dazu berufenen Reichsressorts fertige Vorschläge ausarbeiten möchten, mit denen der drohenden Krise in der Ernährung und Wirtschaft unseres Volkes entgegengetreten werden könnte.

In der sich anschließenden Aussprache gaben die Vertreter der Ressorts ein Bild der Lage, wie sie sich in ihrem Aufgabenkreis darstellt, und erörterten die Möglichkeiten gesetzgeberischen oder verwaltungsmäßigen Vorgehens. Auf dem Gebiete des allgemeinen Wirtschaftslebens sind vom Reichskabinett zwecks Verringerung des Bedarfs an Einfuhrdevisen bereits

#### Beschränkungen in der Einfuhr von Luxusgegenständen

beschlossen; ferner werden Erhöhungen der Ausfuhrabgabe in den nächsten Tagen bekanntgegeben. Es sind Maßnahmen in Vorbereitung, um die reine Devisenspekulation durch eine periodisch erfolgende nachträgliche Kontrolle der getätigten Devisengeschäfte zu unterbinden, ohne daß durch diese Maßregel der notwendige Devisenhandel für die Bedürfnisse des Geschäftsverkehrs behindert werden soll. Ob auf dem Gebiete des Geldwesens und der Salutzugestaltung, insbesondere dem inneren Geldmarkt, noch weitere Maßnahmen getroffen werden können, unterliegt noch der Prüfung. Der besonders wichtigen

#### Sicherstellung der Volksernährung

sollen folgende Maßnahmen dienen: Die angebahnte Regelung der Kartoffelversorgung für den Winter

ter wird durch nachdrückliche Förderung des Vertragsabschlusses zwischen Erzeugern und Verbrauchern weiter verfolgt werden. Die Bewertung von Kartoffeln in den Brennereien wird auf das mit Rücksicht auf die Behaltung gebotene Mindestmaß beschränkt. Durch geeignete Maßnahmen wird eine sachgemäße Verteilung des Zuckers im nächsten Wirtschaftsjahre herbeigeführt werden; die Verwendung von inländischem

#### Zucker zur Herstellung von

Trinkbranntwein wird verboten, die Verwendung von inländischem Zucker zur Herstellung von Süßigkeiten weitgehend eingeschränkt. In Aussicht genommen ist ferner nach Einvernehmen mit den Ländern ein

#### Verbot der Herstellung starker Biere.

In der angesichts der hohen Fleischpreise besonders wichtigen Frage der Versorgung der Bevölkerung mit Seefischen soll auf eine genügende Versorgung der Hochseefischerei mit deutscher Kohle hingewirkt werden; die Belieferung mit deutscher Kohle würde es gleichzeitig ermöglichen, ein Verbot des Abfahrens in fremden Häfen an deutsche Fischdampfer und ein Ausfuhrverbot für Seefische zu erlassen.

#### Dem ärgerisgebenden und

#### widerlichen Treiben in den Schlemmergaststätten

und in manchen Vergnügungsalen muß Einhalt geboten werden; es ist Aufgabe der Länder und Gemeinden, durch Steuern und sonstige durchgreifende Maßnahmen diesem wachsenden und beschämenden Unfug entgegenzutreten. In der preussischen Staatsregierung ist bereits eine Verfügung vorbereitet dahin, daß bei Behandlung von neuen Konzessionsgesuchen für Schanklokale das Bedürfnis grundsätzlich verneint werden solle.

Auf dem Gebiete der Fürsorge für die notleidende Bevölkerung sind vor allem verstärkte

#### Hilfsmaßnahmen für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Sozial- und Kleinrentner

eingeleitet. Die Teuerungszuschüsse für bedürftige Kriegsverletzte und Kriegshinterbliebene sind mit Wirkung vom 1. August 1922 erhöht worden und erhöhen sich mit Wirkung vom 1. 9. 1922 um durchschnittlich weitere 66% Prozent. Die Hauptfürsorgestellen sind ferner ermächtigt, für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene Wintervorräte vorzuschaffen zu beschaffen. Auch die Mittel der sozialen Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene sind verdoppelt. Die Verdoppelung der Mittel für Kleinrentner steht bevor. Die Bezüge der Sozialrentner sind erst vor kurzem ausgebaut worden. Verhandlungen über weitere Hilfsmaßnahmen stehen vor dem Abschluß. Um eine bessere und sparsame Ernährung besonders bedürftiger Volksteile zu ermöglichen, soll der Ausbau und die Erweiterung der Volks-, Kinder- und Studenten Speiseanstalten soweit wie irgendmöglich angestrebt werden.

Auf dem Gebiete des Transportwesens sind von der Reichsbahnverwaltung alle Vorbereitungen getroffen, um für den Winter einen möglichst geregelten Abtransport der Kohlen, der Kartoffeln und des Getreides zu sichern; der Volksmobilbestand ist gegen das Vorjahr etwas, der Bestand an Güterwagen erheblich vermehrt.

Es bestand im Ministerrat Einstimmigkeit darüber, daß die Uebertretung der bestehenden und der neu hinzukommenden im Interesse des Volksganges erlassenen

#### Verbote unter scharfen Strafen, insbesondere unter Gefängnisstrafen,

gestellt werden müßten. Das Reichskabinett ist entschlossen, in Erkenntnis der Gefahren, denen bei einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage weite Bevölkerungsschichten ausgesetzt sein würden, mit schnellen und umfassenden vorbeugenden Maßnahmen einzugreifen. Die in der Sitzung des Ministerrats vorbereiteten und hier festgelegten Absichten der Reichsregierung werden mit den Vertretern der Länder durchberaten, nach ihren Anregungen eventuell erweitert und unmittelbar durchgeführt werden.

#### Unsere Kredit- und Kapitalnot.

##### Die Folge: Erhöhung der Diskontsätze.

In der gestrigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank führte Präsident Dr. Havenstein aus: Es herrscht gegenwärtig in Deutschland eine wachsende Kredit- und Kapitalnot, die in einer außerordentlichen Verknappung des Geld- und Kapitalmarktes ihren Ausdruck findet. Die Anforderungen der Landwirtschaft und Industrie wachsen in steigendem Maße. Die Kredit-

g wenig  
oben als  
es Wab-  
n einem  
ermann  
was recht  
Chopin.  
and, wie  
mäßige  
die Gabe  
wo ich  
der sich  
glang  
ergoffen  
und ich  
die nicht  
ar gän-  
blas mit  
- ob aus  
welcher  
steht mit  
doch —  
das —  
wides  
gestrengt  
nte wie-  
fed nach  
en sein.  
werden  
volles —  
te Zeit  
art an-  
nigstens  
begreif-  
sam an-  
ner Ge-  
lebens-  
ner wie-  
rade er  
Einfäl-  
Ober  
gurt ge-  
wandts-  
Beru-  
einem  
um will  
as recht  
erin  
bs. Blits.  
tt  
rper  
ageblatt.  
eu,  
hstehen-  
ael. E.  
rabe.  
ier  
attes.